

Fragen zur Landtagswahl 2014

Partei:

Name, Vorname:

Antwort veröffentlichen: ja / nein

1. Wie in vielen Regionen Deutschlands macht sich der demographische Wandel auch in Ihrem Wahlkreis, dem Landkreis Ostprignitz-Ruppin, bemerkbar. Ein besonderes Problem hierbei sind unter anderem die fehlenden, bezahlbaren und barrierefreien/barrierearmen Wohnungen. Wie gedenken Sie diese Problematik anzugehen?
2. Ebenfalls durch den demographischen Wandel mitbedingt „sterben“ viele Dörfer und Gemeinden aus. Wie wollen Sie außerhalb von Städten eine lebenswerte Infrastruktur (Kindergärten, Schule, Nahverkehr etc.) für alle Bürger und Einkommensschichten schaffen?
3. Ein weiteres Problem ist auch der Ärztemangel in den ländlichen Gebieten. Dadurch verlängern sich die Wege zu den Ärzten bzw. den Untersuchungen und Behandlungen teilweise unverhältnismäßig. Wie sehen Ihre Lösungsvorschläge in diesem Fall aus?
4. Was wollen Sie in Ihrem Wahlkreis tun, um die UN-Behindertenrechtskonvention (das Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderung) bzw. dem sich daraus ableitenden behindertenpolitischen Maßnahmenpaket für das Land Brandenburg in die Praxis umzusetzen?
5. Wie lassen sich die Themen Barrierefreiheit und Denkmalschutz Ihrer Meinung nach miteinander vereinen?

Fragen zur Landtagswahl 2014

Kandidat: Michael Nehls

Partei / Vereinigung: Alternative für Deutschland (AfD)

Frage 1: Wie in vielen Regionen Deutschlands macht sich der demographische Wandel auch in Ihrem Wahlkreis, dem Landkreis Ostprignitz-Ruppin, bemerkbar. Ein besonderes Problem hierbei sind unter anderem die fehlenden, bezahlbaren und barrierefreien / barrierearmen Wohnungen. Wie gedenken Sie diese Problematik anzugehen?

Antwort:

Der Ausverkauf des „Porzellans“ durch die Kommunen muss aufhören. Nicht nur die kommunalen Wohnungen, auch Stadtwerke, Nahverkehr, Schulen... um nur einige davon zu nennen, werden aus der finanziellen und noch schlimmer beaufsichtigten Verantwortung genommen. Die kurzfristig gesehen Geldeinsparungen wirken sich langfristig katastrophal für die Menschen mit Behinderungen und kleinen, bzw. fehlenden Einkommen aus. Denn nicht nur, das dann wieder monatliche Wohngelder gezahlt werden müssen, die Leute werden vertrieben oder können sich kaum leisten zu konsumieren, was sich wiederum negativ auf die Unternehmer, fehlenden Gewerbesteuern und noch mehr fehlende Mittel auswirkt.

Wenn wir im Landtag endlich aufhören Millionen Euros in sinnlose Vorhaben (BER z.B.) auszugeben, die Kommunen entspr. höhere Verteilerschlüssel bekommen, könnte dies der erste Ansatz sein, das wieder in kommunale preiswerte Wohnungen investiert wird. Als Nebeneffekt werden sich die Privatvermieter zwangsläufig, den geringen Mieten in den ausreichend kommunalen und barrierearmen Wohnraum anpassen müssen.

Frage 2: Ebenfalls durch den demographischen Wandel mitbedingt „sterben“ viele Dörfer und Gemeinden aus. Wie wollen Sie außerhalb von Städten eine lebenswerte Infrastruktur (Kindergärten, Schule, Nahverkehr etc.) für alle Bürger und Einkommensschichten schaffen?

Antwort:

Die besondere Förderung von Ballungsgebieten ist der Hauptgrund. Um auf unserem Flächenland leben zu wollen und zu können muss für die Jugendlichen ein attraktiver Erlebnis- und Kreativraum geschaffen werden. Wir, die AfD will eine Internetplattform, um Fortbildungs- und Freizeitangebote transparent zu machen. Die ortsbezogene Vernetzung fördern, ein kostenloses Ticket für Freizeit und Schule im ÖPNV. Wir wollen Datenverkehr statt Berufsverkehr, denn viele Jobs können im Homeoffice erledigt werden. Freistellung von Kitagebühren, flexible Kita-Öffnungszeiten, wohnortnahes Grundschulangebot, Tagesmutterkonzepte und Förderung von Mehrgenerationenprojekten, um jungen Familien die Kinderbetreuung zu erleichtern und älteren Menschen einen erweiterten Lebensraum zu ermöglichen.

Die Finanzierung kann gedeckt werden durch Umverteilung von unsinnigen Fördergeldern (Mrd.-Konzern Daimler bekommt z.B. 50Mio€ für Taktstraße in Luckenwalde) und spätere höhere Einkommens-Steuerereinnahmen der Kommunen.

Frage 3: Ein weiteres Problem ist auch der Ärztemangel in den ländlichen Gebieten. Dadurch verlängern sich die Wege zu den Ärzten bzw. den Untersuchungen und Behandlungen teilweise unverhältnismäßig. Wie sehen Ihre Lösungsvorschläge in diesem Fall aus?

Antwort:

„Zuzugsprämien“ für Ärzte, die sich im ländlichen Raum niederlassen, bzw. örtliche Unterstützung in Einrichtung der Praxen oder zu Beginn Steuer- und Mieterleichterungen, bis das „Arzt-Gewerbe“ sich etabliert hat. Wiedereinführung der „Schwester Agnes“, die Ihre Bewohner bestens kennt und viele Behandlungen, die sich oft schon in Zuwendung, Zuhören und kleine Hilfen als sehr hilfreich erwiesen haben. Sie muss unabhängig von Klinken sein.

Frage 4: Was wollen Sie in Ihrem Wahlkreis tun, um die UN-Behindertenrechtskonvention (das Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderung) bzw. dem sich daraus ableitenden behinderten- politischen Maßnahmenpaket für das Land Brandenburg in die Praxis um zu setzen?

Antwort:

Zuerst sind alle neu geplanten Objekte, wie Schulen, Straßen, Haltestellen, Einkaufscenter usw. nur zu genehmigen, wenn diese behindertengerecht gebaut werden. Die Inklusion darf nicht gefordert werden, sondern kann dort, wo es unproblematisch ist, von Fall zu Fall eingeführt werden. Dabei muss das Wohl der Schüler, insbesondere der behinderten ausschlaggebend sein. Von daher kann es kein automatisches Recht auf gemeinsame Bestuhlung geben. Jede Schule muss selbst darüber entscheiden, welche Form gewählt wird und ob die materiellen und personellen Voraussetzungen dafür erfüllt werden.

Frage 5: Wie lassen sich die Themen Barrierefreiheit und Denkmalschutz Ihrer Meinung nach miteinander vereinen?

Antwort:

Durch eine einfache Gesetzgebung. Kein denkmalgeschütztes Objekt wird durch barrierefreie Umbauten dermaßen verunstaltet, als das die moderne Gesellschaft nicht damit leben könnte.

Fragen zur Landtagswahl 2014

Name: Clemens Rostock,

Partei / Vereinigung: Bündnis 90/Die Grünen

Frage 1: Wie in vielen Regionen Deutschlands macht sich der demographische Wandel auch in Ihrem Wahlkreis, dem Landkreis Ostprignitz-Ruppin, bemerkbar. Ein besonderes Problem hierbei sind unter anderem die fehlenden, bezahlbaren und barrierefreien/barrierearmen Wohnungen. Wie gedenken Sie diese Problematik anzugehen?

Antwort:

- Das ist insgesamt eher ein bundespolitisches Problem, da es die Wohnungswirtschaft überall trifft. Dabei sollte deutlich werden, dass Barrierefreiheit bzw. -armut am Ende allen zu Gute kommt (Stichwort Design für alle). Deshalb sollten insbesondere im Neubau die Standards voranschreiten. Aber viele wohnen bereits in nicht altersgerechten Wohnungen, in denen sie aber alt werden wollen und die Umbauten benötigen. Das kostet Geld, das die Wohnungsunternehmen nicht alleine aufbringen können, da sie die Kosten an die Bewohner weitergeben müssten und eben diese das nicht bezahlen können. Es ist also eine politische Entscheidung, ob es der Gesellschaft wert ist, die Mittel hierfür bereit zu stellen.
- Wir von Bündnis 90/Die Grünen wollen Mietwohnungen im unteren Preissegment besser fördern, vor allem familiengerechte sowie kleine und barrierefreie Sozialwohnungen für Behinderte oder ältere Menschen. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass KfW-Programme wie „Altersgerecht Umbauen“ in der Vergangenheit schlecht genutzt wurden. Hier muss viel Überzeugungsarbeit geleistet werden. Jeder einzelne sollte dieses Thema deshalb in der Öffentlichkeit voranbringen.
- Der AK Barrierefreie Stadt Neuruppin leistet dazu einen guten Beitrag.

Frage 2: Ebenfalls durch den demographischen Wandel mitbedingt „sterben“ viele Dörfer und Gemeinden aus. Wie wollen Sie außerhalb von Städten eine lebenswerte Infrastruktur (Kindergärten, Schule, Nahverkehr etc.) für alle Bürger und Einkommensschichten schaffen?

Antwort:

- Bei den Kitas wollen wir im Land Geld in die Hand nehmen und in der kommenden Legislaturperiode die Betreuungsschlüssel auf 1:5 für die Unterdreijährigen und 1:11 für die 3- bis 6-Jährigen verbessern. Das begünstigt im Nebeneffekt auch kleinere Kitas bzw. Tagesmütter im ländlichen Raum. Um mehr Flexibilität bei den Grundschulen zu schaffen, wollen wir beispielsweise Filialgrundschulen mit Außenstellen bis zur 4. Klasse und einem zentralen Standort bis zur 6. Klasse ermöglichen. Dabei wollen wir auf der Basis pädagogisch tragfähiger Konzepte und dazu fortgebildeter LehrerInnen jahrgangsübergreifendes Lernen in Filialen mit 30 und vollständige Grundschulen mit 45 Schülerinnen und Schülern möglich machen. Bei den weiterführenden Schulen argumentieren wir für Pragmatismus und längeres gemeinsames Lernen, da verschiedene Schulformen in dünn besiedelten Räumen eben auch lange Wege bedeuten. Beim Nahverkehr ist es für uns selbstverständlich dass gut ausgelastete Strecken weniger Ausgelastete quersubventionieren müssen. Nahverkehr ist Daseinsvorsorge und insbesondere Jüngere, Ältere und Eingeschränkte sind auf ihn angewiesen. Streckenstreichungen führen zu einer Schwächung der Attraktivität des Gesamtnetzes und führen lediglich zu einer Schwächung der nächsten

Strecken. Diesen Teufelskreis wollen wir durchbrechen und setzen uns für einen guten Nahverkehr auch in der Peripherie ein. Einsparungen wollen wir eher durch effizientere Fahrzeuge und der Verknüpfung mit anderen Dienstleistungen erreichen. Ein Blick in andere dünn besiedelte Länder, wie zum Beispiel Schweden bietet genügend Anschauungsmaterial.

Frage 3: Ein weiteres Problem ist auch der Ärztemangel in den ländlichen Gebieten. Dadurch verlängern sich die Wege zu den Ärzten bzw. den Untersuchungen und Behandlungen teilweise unverhältnismäßig. Wie sehen Ihre Lösungsvorschläge in diesem Fall aus?

Antwort:

- Wir streben eine integrierte Versorgung für alle über eine bessere Verzahnung von ambulanten und stationären Gesundheitseinrichtungen an. Umso mehr Leistungen an einem Ort angeboten werden, umso weniger Wege werden zwischen ihnen benötigt (Stichwort Polikliniken). Dafür wollen wir die Hausärzte als Anker der regionalen Versorgung stärken. Eine Privatisierung von Kliniken ist nicht notwendig. Die Kliniken sollen Knotenpunkte im ländlichen Raum sein. Deshalb setzen wir uns auf allen Ebenen dafür ein, die Krankenhäuser für weitere ambulante Angebote zu öffnen und besser in die Gesamtversorgung zu integrieren. Dafür ist eine vorausschauende Standortpolitik nötig. Außerdem wollen wir Angebote wie Telemedizin, rollende Arztpraxen oder Praxisfilialen, Patientenbusse und Gemeindeschwestern fördern und stärker in Brandenburg etablieren, vor allem um die Menschen in den ländlichen Räumen wohnortnah zu versorgen.

Frage 4: Was wollen Sie in Ihrem Wahlkreis tun, um die UN-Behindertenrechtskonvention (das Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderung) bzw. dem sich daraus ableitenden behinderten- politischen Maßnahmenpaket für das Land Brandenburg in die Praxis um zu setzen?

Antwort:

- Durch die Ratifizierung der Konvention durch Deutschland ist eine Verpflichtung entstanden, bei der in Brandenburg noch an einigen Stellen Handlungsbedarf besteht. Im Wahlkreis kann konkret die Barrierefreiheit des Nahverkehrs verbessert werden. Dabei geht es nicht nur um Mobilitätsbarrieren, sondern auch Barrieren, die durch schlechte Ausschilderung und unverständliche Informationen entstehen. Bei den Gebäuden muss die öffentliche Hand als Vorreiterin agieren und ihre Gebäude dementsprechend anpassen. Dabei können manchmal pragmatische Übergangslösungen den Alltag sofort erleichtern, bevor grundlegende langfristige Umbauten umgesetzt werden können. Dabei möchte ich wiederum betonen, dass davon am Ende alle profitieren.

Frage 5: Wie lassen sich die Themen Barrierefreiheit und Denkmalschutz Ihrer Meinung nach miteinander vereinen?

Antwort:

- Das ist ein schwieriges Thema und der Denkmalschutz wird oft als Verhinderer betitelt (zum Beispiel auch beim Thema energetische Sanierung). Fakt ist aber, dass es jede Menge Spielraum gibt und viel von den beteiligten Personen abhängt. Besteht auf beiden Seiten Verständnis für die jeweils andere Seite und ernsthaftes Interesse daran das Ansinnen des anderen zur Geltung zu bringen, lassen sich meist Lösungen finden.

Fragen zur Landtagswahl 2014

Kandidat: Jürgen Ackermann

Partei / Vereinigung: BVB / Freie Wähler

Frage 1: Wie in vielen Regionen Deutschlands macht sich der demographische Wandel auch in Ihrem Wahlkreis, dem Landkreis Ostprignitz-Ruppin, bemerkbar. Ein besonderes Problem hierbei sind unter anderem die fehlenden, bezahlbaren und barrierefreien / barrierearmen Wohnungen. Wie gedenken Sie diese Problematik anzugehen?

Antwort:

Bei dem Stichwort barrierefrei sanieren, keimt häufig sofort der Gedanke an altersgerechtes Umbauen oder eine behindertengerechte Renovierung der eigenen vier Wände auf. Doch Barrierefreiheit ist nicht unbedingt eine Frage des Alters oder des Vorhandenseins körperlicher Einschränkungen. Auch ohne Handicap ist ein gewisses Maß an Barrierefreiheit erstrebenswert, erhöht es doch den Wohnkomfort und hebt gleichzeitig den Wert des Wohnobjekts. In einigen Objekten von stadteigenen Wohnungsbaugesellschaften steht immer noch eine Modernisierung an. Beispielsweise muss in der Stadt Rheinsberg im Gebiet „Am Stadion“ dringend saniert werden. Hierzu muss in der Planung altersgerechtes Wohnen eingeplant werden. Hierzu gehört nicht nur ein Fahrstuhl, sondern die gesamte Wohnung und Sanitäreinrichtungen müssen den Bedürfnissen angepasst werden. Allerdings muss man auch die Kosten des Umbaus und die Miete im Blick behalten. Wohnraum muss bezahlbar bleiben. Daher ist es notwendig die Maßnahmen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und die Investitionsbank des Landes Brandenburg zu nutzen und weiterhin anzubieten. Aber es geht nicht nur um den Neubau. Gerade viele Menschen mit Behinderung haben Angst davor, durch die Mietenexplosion aus ihrer Wohnung und aus ihrem Umfeld verdrängt zu werden. Es muss auch in einen Wohngebiet eine gesunde Mischung von Jung und Alt geben. Daher sind keine allgemeinen und abstrakten Lösungen gefragt, sondern man muss mit den Gemeinden vor Ort die Probleme angehen.

Frage 2: Ebenfalls durch den demographischen Wandel mitbedingt „sterben“ viele Dörfer und Gemeinden aus. Wie wollen Sie außerhalb von Städten eine lebenswerte Infrastruktur (Kindergärten, Schule, Nahverkehr etc.) für alle Bürger und Einkommenschichten schaffen?

Antwort:

Die Frage sollte eher lauten, wie die lebenswerte Infrastruktur beibehalten werden kann. Unabhängig von der Tatsache, dass man nur eine lebenswerte Infrastruktur beibehalten kann, wenn die Menschen eine erfüllbare Arbeit haben. Man muss eine

zukunftsorientierte Infrastruktur schaffen und dazu gehört insbesondere die flächendeckende Breitbandversorgung. Wenn man die Zukunftstechnologien nicht nutzt, verliert man schlicht den Anschluss. Wenn man den ländlichen Raum erhalten will, muss man die Vorteile der örtlichen Gemeinschaft in den Vordergrund stellen. Ebenso muss im Landtag ein Umdenken einsetzen. Kindergärten und Schulen müssen erhalten bleiben, und nicht, weil die vom Land vorgegebene Kinder- bzw. Schülerzahl nicht erreicht wird, geschlossen werden. Schulhöfe, Jugendtreffs und Skaterbahnen müssen ebenfalls erhalten werden, und dürfen nicht einen Supermarkt (Rheinsberg) weichen. Die Finanzmittel ausschließlich aufgrund der Einwohnerzahl zu vergeben, wird den Brandenburger Verhältnissen nicht gerecht. Es muss im Berechnungsschlüssel ein Flächenfaktor eingeführt werden. Die bestehenden Einrichtungen müssen erhalten werden und das geht nicht mit weniger Finanzausweisungen!

Frage 3: Ein weiteres Problem ist auch der Ärztemangel in den ländlichen Gebieten. Dadurch verlängern sich die Wege zu den Ärzten bzw. den Untersuchungen und Behandlungen teilweise unverhältnismäßig. Wie sehen Ihre Lösungsvorschläge in diesem Fall aus?

Antwort:

Um die zukünftige ärztliche Versorgung im ländlichen Raum ist es nicht gut bestellt. Dem ländlichen Raum droht auf lange Sicht ein problematischer Ärztemangel. Und nur wenige junge Ärzte zieht es aufs Land. Grundsätzlich arbeiten viele junge Ärzte nicht mehr in patientenorientierten Bereichen – das heißt, sie landen im Management oder in der Pharmaindustrie. Dann fehlen sie in den Praxen. Außerdem gibt es zunehmend weibliche Medizinstudenten und die Gleichzeitigkeit von Beruf und Familie ist eine hohe Belastung. Generell fordern junge Ärzte heute mehr Freizeit für die Familie ein. Daher ist es notwendig ein Medizinstudium einzuführen, wo folgendes Prinzip angewendet werden könnte. Studenten erhalten 500 Euro Unterstützung pro Monat für die Dauer ihres Studiums und verpflichten sich, für vier Jahre im Landkreis zu arbeiten. Auch die Gemeindegewerkschaft und mobile – ambulante Arztpraxen kann ich mir vorstellen.

Frage 4: Was wollen Sie in Ihrem Wahlkreis tun, um die UN-Behindertenrechtskonvention (das Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderung) bzw. dem sich daraus ableitenden behinderten- politischen Maßnahmenpaket für das Land Brandenburg in die Praxis um zu setzen?

Antwort:

Die UN-Behindertenrechtskonvention holt ins Bewusstsein, dass alle Menschen dieselben Rechte haben. Die Konvention drängt uns dazu, immer wieder zu fragen, wie behinderte Menschen in Deutschland in allen Lebensbereichen, insbesondere in

den Bereichen Arbeit, Wohnen, Gesundheit, aber eben auch in Bezug auf ihre rechtlichen Angelegenheiten, tatsächlich gleichgestellt werden können. Außerdem stärkt sie behinderten Menschen in Deutschland den Rücken, ihre Rechte einzufordern. Die Behindertenrechtskonvention muß sich auch auf der Ebene der Gesetzgebung niederschlagen. Auch von einem Reformbedarf im Schulwesen ist oft die Rede. Allerdings lassen sich Haltungen und Denkweisen nicht per Verordnung ändern.

Man muss ebenso aufpassen, dass der Zwang zur Gleichheit nicht zu einer Ungleichheit wird. Gerade das Thema der Inklusion im schulischen Bereich sehe ich kritisch. Manche junge Menschen brauchen individuelle Förderung und sollten nicht ständig vorgeführt bekommen, dass die anderen dauerhaft leistungsstärker sind. Somit werden eigene Erfolge geschmälert.

Einer der weiteren Schritte muss es sein, dass die Behindertenbeauftragten der Gemeinden und des Landkreises an den anstehenden Baumaßnahmen frühzeitig beteiligt werden.

Frage 5: Wie lassen sich die Themen Barrierefreiheit und Denkmalschutz Ihrer Meinung nach miteinander vereinen?

Antwort:

Denkmalschutz und Barrierefreiheit kann im übertragenden Sinn eine "konfliktreiche Beziehung" sein. Die wachsende Zahl älterer Menschen, deren körperliche Kräfte und Fähigkeiten nachlassen, erfordert zunehmend eine technische und bauliche Anpassung des Wohnumfelds. Dabei geht um die Beseitigung von Barrieren durch enge Türen, Schwellen, steile Treppen und schwer gängige Bedienelemente für Fenster, um Kosten, die beim Energieverbrauch durch Einfachverglasung und mangelhafte Wärmedämmung von Außenwänden entstehen und um bauliche Strukturen, die im Pflegefall erforderlich sind.

Wichtig ist ebenfalls, dass Balkone erreichbar sind oder so angebaut werden können, dass sie mit Gehhilfen und Rollstühlen nutzbar sind. Bei denkmalgeschützter Bausubstanz können hier erhebliche Konflikte auftreten. Es mag zwar verständlich sein, dass der mit der Denkmalpflege verbundene Gedanke des Erhalts originaler Substanz und Anmutung bestimmter Restriktionen mit sich bringt. Diese sollten jedoch nicht dazu führen, dass ältere und behinderte Menschen in ihrer Lebensgestaltung massiv eingeschränkt werden. Bis dahin, dass sie die Umgebung, in der sie vielleicht schon aufgewachsen sind und der sie ihre sozialen Bindungen haben, aufgeben müssen.

Die Gesetzgebung zum Denkmalschutz geht derzeit kaum auf die Bedürfnisse der Nutzer ein, die im höheren Lebensalter und bei Behinderung persönlich Beschränkungen ausgesetzt sind und bauliche und technische Anpassungsmaßnahmen benötigen. Dieser Zustand kann in einer Gesellschaft nicht befriedigen, die zunehmend von dieser Gruppe geprägt wird. Insgesamt kann auch hier jeder Konflikt nur einzeln betrachtet werden. Ein ständiger Dialog zwischen den Betroffenen und der Denkmalschutzbehörde ist die einzig sinnvolle Lösung.

Fragen zur Landtagswahl 2014

Kandidat: Gerd Klier
Partei / Vereinigung: DIE LINKE

Frage 1: Wie in vielen Regionen Deutschlands macht sich der demographische Wandel auch in Ihrem Wahlkreis, dem Landkreis Ostprignitz-Ruppin, bemerkbar. Ein besonderes Problem hierbei sind unter anderem die fehlenden, bezahlbaren und barrierefreien / barrierearmen Wohnungen. Wie gedenken Sie diese Problematik anzugehen?

Antwort:

Sowohl private Vermieter, wie auch öffentliche Vermieter, haben hier einerseits eine besondere Verantwortung und andererseits zugleich ein wirtschaftliches Interesse. Bezüglich der Preise gibt es bei privaten Vermietern kaum Einfluss auf deren Preisgestaltung. Die öffentlichen Vermieter, wie die NWG Neuruppin, sind diesbezüglich bereits einen guten Weg vorangekommen, wenn auch noch kein optimaler Zustand erreicht ist. Dies ist ein Grund, warum DIE LINKE gegen die Privatisierung öffentlicher Wohngebäude, bzw. deren Gesellschaften ist. Die Förderprogramme des Bundes – einschließlich Mietpreisbindung – müssen der Lage der Menschen mit Einschränkungen mehr gerecht werden. Aber auch das Land hat hier seine Verantwortung, dass über Förderungen für den barrierefreien Ausbau auch Auflagen an die Miethöhe erteilt werden können. Jedoch betrifft die Barrierefreiheit nicht nur Wohnraum, sondern auch den Zugang zu öffentlichen Gebäuden, wie auch privaten Dienstleistern, Geschäften, Ärzten usw. Daher habe ich 2013 meine Kanzlei ebenfalls barrierefrei gebaut, einschließlich ebenerdigen Zugang, Höhe der Klingel und Gegensprechanlage, breitere Türen, automatische Eingangstür mit Bewegungssensor und Behinderten-WC. Ein weiteres Problem ist die Gestaltung der Innenstädte und die Personalausstattung der Ordnungsämter. Der historische Ausbau ist natürlich gut für die Stadt- und Touristenentwicklung, jedoch für Rollstuhl- und Rollator-Nutzer sind Pflastersteine eine echte Behinderung. Wenn die wenigen ebenen Flächen noch zugesperrt werden. Ohne des ständigen Einschreitens des Ordnungsamtes, erhöht sich das Problem für diese Bürger.

Frage 2: Ebenfalls durch den demographischen Wandel mitbedingt „sterben“ viele Dörfer und Gemeinden aus. Wie wollen Sie außerhalb von Städten eine lebenswerte Infrastruktur (Kindergärten, Schule, Nahverkehr etc.) für alle Bürger und Einkommensschichten schaffen?

Antwort:

Es ist fraglich, ob wegen des demographischen Wandels dieses Ziel noch erreicht werden kann. Wenn in einem Dorf zu wenige Kinder vorhanden sind, bzw. wie in Rühnick passiert, nicht genügend Erzieher für die Aufrechterhaltung der Kita-Betreuung zur Verfügung stehen, wird diese Einrichtung zwangsweise durch die Stadt geschlossen. Um die Chancen des Erhalts von Kitas zu erhöhen, konnte mit Eintritt der LINKEN in die Landesregierung der Kitaschlüssel verbessert werden und soll in der neuen Wahlperiode nochmals verbessert werden. In der Fläche tritt die LINKE für die Gemeinschaftsschule ein und ist gegen Schulschließungen. Anstelle verschiedener Schultypen ist mit der Gemeinschaftsschule der Erhalt der Schulen möglich, da dann die Schülerzahl sich nicht auf verschiedene Schultypen aufteilt, sondern in der Gemeinschaftsschule die verbliebenen Schüler zusammen kommen. Der Nahverkehr ist eine Kreislaufaufgabe mit dem örtlichen Nahverkehrsunternehmen, welchen bereits in den letzten Jahren Defizite eingefahren hat, welche sich insbesondere wegen der demographischen Entwicklung

weiter erhöhen. Die aktuellen Zuschüsse des Landes reichen nicht aus, um den Nahverkehr auf jetzigem Niveau aufrecht zu erhalten. Daher wird hier zukünftig ein Schwerpunkt der Landespolitik liegen müssen.

Als Fachanwalt für Sozialrecht bin ich ständig berufsbedingt mit den Problemen von Menschen mit Behinderung beschäftigt und konkret an ihren Problemen. Dies war ein Grund, mich mit meiner sozialrechtlichen Fachkompetenz für den Landtag zur Verfügung zu stellen.

Frage 3: Ein weiteres Problem ist auch der Ärztemangel in den ländlichen Gebieten. Dadurch verlängern sich die Wege zu den Ärzten bzw. den Untersuchungen und Behandlungen teilweise unverhältnismäßig. Wie sehen Ihre Lösungsvorschläge in diesem Fall aus?

Antwort:

Die Versorgung der Bevölkerung mit ausreichend niedergelassenen Ärzten ist Bundeshoheit, worauf das Land – außer über den Bundesrat – keinen Einfluss hat. Es können lediglich Anreize für Ärzte geschaffen werden, sich in der Fläche des Landes niederzulassen, was einzelne Kommunen bereits praktiziert haben. Hingegen obliegt die Krankenhausversorgung dem Land. Unsere LINKE Gesundheitsministerin hat die Voraussetzungen für den Erhalt aller Brandenburger Krankenhäuser geschaffen und zugleich die Finanzierung bis 2018 abgesichert. Über deren Infrastruktur und die Kooperation mit niedergelassenen Ärzten lassen sich einige, jedoch nicht alle Probleme lösen. Die Medizinischen Versorgungszentren der Krankenhäuser erbringen ebenfalls Leistungen wie niedergelassene Ärzte. Das Model „Agnes II“ führt zu einer gewissen Entlastung der Ärzte von nichtärztlichen Aufgaben im ländlichen Raum, reicht jedoch ebenfalls nicht aus. Ein weiterer Baustein ist die Errichtung der Medizinischen Hochschule in Neuruppin. Hiermit erhofft man sich zumindest einen gewissen Bleibeeffekt von Psychologen und Ärzten in unserer Region, zum Beispiel weil sie hier ihren Familien- und Freundeskreis aufgebaut haben. Ein weiterer Vorteil ist, dass sie während ihrer Ausbildung sowohl im Krankenhaus, wie auch bei den niedergelassenen Ärzten für nicht unerhebliche Arbeitserleichterung sorgen können, was wieder den Patienten zu Gute kommt. In der Stadtverordnetenversammlung und im Kreistag haben wir erst diese Woche wieder Beschlüsse gefasst, bzw. vorbereitet, um die Auflagen des Landes für den weiteren Aufbau der Medizinischen Hochschule Theodor Fontane Neuruppin weiter voran zu treiben.

Als Fachanwalt für Medizinrecht bin ich in meiner Berufstätigkeit sowohl mit den Problemen der Ärzte, wie auch Patienten beschäftigt und sehe in unserem Gesundheitssystem sehr viele Baustellen. Auch dies war ein Grund, mich mit meiner medizinrechtlichen Fachkompetenz als Kandidat zur Landtagswahl zur Verfügung zu stellen.

Frage 4: Was wollen Sie in Ihrem Wahlkreis tun, um die UN-Behindertenrechtskonvention (das Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderung) bzw. dem sich daraus ableitenden behinderten- politischen Maßnahmenpaket für das Land Brandenburg in die Praxis um zu setzen?

Antwort:

Leider beschränkt sich die Diskussion in der Regel auf die Inklusion in Schulen. Es geht jedoch um Inklusion in allen Lebensbereichen. Die UN-Behindertenrechtskonvention wurde in deutsches Recht durch den Bundestag transformiert, d.h. zu unmittelbar anwendbarem Recht. Gesetze im Bund und Land bleiben zum Teil erheblich dahinter

zurück, dass wir Fachanwälte für Sozialrecht davon ausgehen, dass die Rechte der Menschen mit Behinderung nicht nur im Rahmen der Bundes- und Landesgesetze, sondern auch im Rahmen der UN-Behindertenrechtskonvention eingeklagt und durchgesetzt werden können. Wir benötigen daher auf Landesebene ebenfalls ein Gesetz, welches der Durchsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention dient. Zugleich müssen alle neuen Gesetze unter Einhaltung der Konvention zustande kommen, wie auch die bisherigen Gesetze fortlaufend hieran angepasst werden.

Unsere Devise lautet, nicht der Mensch ist behindert, sondern die Umgebung behindert den Menschen. Daher müssen diese Behinderungen beseitigt werden.

Frage 5: Wie lassen sich die Themen Barrierefreiheit und Denkmalschutz Ihrer Meinung nach miteinander vereinen?

Antwort: Meines Erachtens ist es hier genauso, wie bereits unter 4.) ausgeführt. Auch die Denkmalschutzgesetze müssen im Einklang mit der in deutsches Recht transformierten UN-Behindertenrechtskonvention stehen. Inzwischen gibt es viele technische Möglichkeiten, optisch wie auch baulich unter Beachtung der Barrierefreiheit dem Denkmalschutz Genüge zu tun. Daher ist in der Diskussion mit der jeweiligen Denkmalschutzbehörde diese auf die gesetzlich verpflichtende Einhaltung der UN-Behindertenrechtskonvention hinzuweisen, und notfalls auch einzuklagen. Aufgrund der langen Verfahrensdauern rate ich jedoch pragmatisch zunächst ein Einvernehmen herzustellen, da so oft schnelle Lösungen erreichbar sind und nicht erst nach vielen Jahren Anpassungsarbeiten erforderlich sind.

Fragen zur Landtagswahl 2014

Kandidat: FDP - Landesverband Brandenburg

Partei / Vereinigung: FDP

Frage 1: Wie in vielen Regionen Deutschlands macht sich der demographische Wandel auch in Ihrem Wahlkreis, dem Landkreis Ostprignitz-Ruppin, bemerkbar. Ein besonderes Problem hierbei sind unter anderem die fehlenden, bezahlbaren und barrierefreien / barrierearmen Wohnungen. Wie gedenken Sie diese Problematik anzugehen?

Antwort:

Der starke Einwohnerrückgang hat vor allem die schlechte wirtschaftliche Situation der Region als Ursache – schlechte Infrastruktur und ein unzureichendes kulturelles Angebot gehen damit einher. Die Abnahme der Einwohnerzahl drückt jedoch auch deutlich auf den Mietspiegel. Die Mietpreise sinken durchschnittlich. Günstigen Wohnraum wollen wir als Liberale damit unterstützen, dass wir die Bundesmittel zum sozialen Wohnungsbau endlich auch wieder ausschließlich für den sozialen Wohnungsbau verwenden. Die rot-rote Koalition hat damit Haushaltslöcher gestopft. Das lehnen wir ab.

Frage 2: Ebenfalls durch den demographischen Wandel mitbedingt „sterben“ viele Dörfer und Gemeinden aus. Wie wollen Sie außerhalb von Städten eine lebenswerte Infrastruktur (Kindergärten, Schule, Nahverkehr etc.) für alle Bürger und Einkommenschichten schaffen?

Antwort:

Als Teil der Landesregierung werden wir keine Schule schließen. Wir wollen 5500 zusätzliche Lehrer einstellen um die über eine Million ausgefallenen Unterrichtsstunden im Jahr abzubauen. Darüber hinaus wollen wir das Betreuungsverhältnis in den Kitas verbessern. Hier liegt für uns der Schwerpunkt der Politik in den nächsten Jahren. Im Bereich der Infrastruktur wollen wir die 12 Millionen Euro zum Erhalt der Landesstraßen auf die von Experten empfohlenen – 60 Millionen anheben und damit den Verfall des Straßennetzes im Pendlerland Brandenburg verhindern. Wir setzen uns für flächendeckendes Breitbandinternet in ganz Brandenburg ein. Bis 2019 werden wir eine Geschwindigkeit von 50 MB/s gewährleisten. Dies ist für Bürger und Unternehmen gleichsam wichtig.

Frage 3: Ein weiteres Problem ist auch der Ärztemangel in den ländlichen Gebieten. Dadurch verlängern sich die Wege zu den Ärzten bzw. den Untersuchungen und Behandlungen teilweise unverhältnismäßig. Wie sehen Ihre Lösungsvorschläge in diesem Fall aus?

Antwort:

.Wir werden das erfolgreiche Instrument der Ansiedlungsprämien für Ärzte ausbauen und werden die medizinische Ausbildung in Brandenburg ausdehnen und mit einem rückzahlungsfreien Stipendium bei Eröffnung einer Praxis in Brandenburg verbinden.

Frage 4: Was wollen Sie in Ihrem Wahlkreis tun, um die UN-Behindertenrechtskonvention (das Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderung) bzw. dem sich daraus ableitenden behinderten- politischen Maßnahmenpaket für das Land Brandenburg in die Praxis um zu setzen?

Antwort:

Wir werden uns für die strikte Anwendung der Barrierefreiheit bei Bauprojekten einsetzen. Für die Inklusion in öffentlichen Einrichtungen – insbesondere Schulen – werden wir zusätzliches Personal zur Verfügung stellen. Wir sind der Auffassung, dass nur so die nötige Inklusion gelingen kann.

Frage 5: Wie lassen sich die Themen Barrierefreiheit und Denkmalschutz Ihrer Meinung nach miteinander vereinen?

Antwort:

Das hängt sehr stark vom konkreten Denkmal ab. Die moderne Technik eröffnet unserer Erfahrung nach mannigfaltige Möglichkeiten zur Vereinigung von Barrierefreiheit und Denkmalschutz.